



Brüssel, 31. August 2011

Erfolge der S&D Fraktion 2009 - 2011

Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise: S&D Vorschlag für ein faires und fortschrittliches Wirtschaftsmodell

Mit den Schlussfolgerungen der Berichte über die **Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise**, die zweifellos einen bedeutenden Erfolg für die S&D Fraktion darstellen, sprach das Europäische Parlament mit einer Stimme gegenüber dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten und lieferte so seine politische Strategie als Antwort auf die aktuelle schwerwiegende Krise. Die zentrale Botschaft lautet, dass der einzige Weg die Krise zu überwinden die Wiederbelebung des europäischen Projekts durch ein 'mehr' an wirtschaftlicher und politischer Integration ist - abzielend auf Wettbewerbsfähigkeit, langfristige Investitionen in die Realwirtschaft, nachhaltige Entwicklung, neue Jobs und soziale Integration.

Wir haben ambitionierte Anträge gestellt und Vorschläge unterbreitet, um die S&D Strategie umzusetzen. Diese beinhaltet verschiedene Forderungen: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Eurobonds, EU-Projekt-Anleihen, die Ernennung eines Vizepräsidenten der Europäische Kommission für die wirtschafts-, währungs- und finanzmarktbezogenen Verantwortlichkeiten der Kommission. Wir haben uns ebenso für die Schaffung eines europäischen Finanzministeriums, einer gemeinsamen Fiskalpolitik, eines ausreichend ausgestatteten EU-Budgets, der es ermöglicht, die politische und wirtschaftliche Integration der EU voranzutreiben, eine öffentliche und unabhängige Europäische Ratingagentur, eine Verlagerung von Haushaltsrechten auf die Unionsebene, die Errichtung einer Europäische Energiegemeinschaft, einer stärkeren Koordinierung der Steuerpolitik und den Kampf gegen schädlichen Steuerwettbewerb, Steuerumgehung, Steuerbetrug sowie Steueroasen auf EU- und internationaler Ebene eingesetzt. Wir fordern, dass Haushaltskonsolidierungen durch mittel und langfristige Ziele im Sinne der EU2020-Strategie, d.h. Investitionen in die Infrastruktur, öffentliche Investitionen in Bildung, Forschung und Berufsausbildung, sowie die Einrichtung eines makroökonomischen und sozialen Dialogs begleitet werden.

Mit dem Bericht über **innovative Finanzierung** hat unsere Fraktion als Alternative zu den Austeritätsmaßnahmen und Kürzungen öffentlicher Mittel, die durch die meisten europäischen Staaten vorgenommen werden, neue Finanzierungsinstrumente auf der EU-Ebene vorgeschlagen um zukünftige Instabilitäten und 'bail-outs' zu verhindern. Dieser Bericht hat die Europäische Kommission davon überzeugt, dass Europa bei der Implementierung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene voranschreiten sollte. Der Bericht macht darüber hinaus konkrete Vorschläge für die Einführung von EU-Projekt-Anleihen die dazu dienen, Investitionen in Europas Infrastruktur anzustoßen - und zwar im Rahmen der EU 2020 Agenda.

Ein weiteres entscheidendes Schlüsselprojekt war das **Finanzaufsichtspaket**, das Banken, Wertpapiermärkte und Versicherungsunternehmen einer grundlegend neuen Kontrolle unterwirft. Zudem wird ein Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) eingerichtet. Der ESRB soll die Finanzmärkte beobachten und frühzeitig vor dem allgemeinen Risikoaufbau für die EU-Wirtschaft warnen. Die S&D Fraktion hat sich für weitreichende Befugnisse und eine faire Zusammensetzung stark gemacht, die ein adäquates Maß an Unabhängigkeit garantieren.

Im Zusammenhang mit der Überarbeitung der **Richtlinie über die Eigenkapitalausstattung** von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten hat sich die S&D Fraktion im Sinne der G20 Empfehlungen auf die Vergütungspolitik und Bonuszahlungen konzentriert, um einer Politik in den Arm zu fallen, die unakzeptable Risiken befördert und Anreize für kurzfristiges Gewinnstreben zu Lasten langfristiger Stabilität setzt.

Es bedurfte zwei S&D-Berichte und einer Finanzkrise um die Europäische Kommission davon zu überzeugen, die **Richtlinie zu Managern alternativer Investmentfonds** (AIFM) vorzulegen, die darauf abzielt Hedgefonds und die 'private-equity'-Fonds zu regulieren. Wir haben es geschafft den schwachen Vorschlag zu stärken. Es gelang uns: eine Reihe von Ausnahmen, die der Entwurf vorsah, zu eliminieren, einen besseren Schutz für EU-Investoren durchzusetzen, verbindliche Regeln für den Zugang von Fonds und Managern aus Drittländern in die Richtlinie einzufügen und eine verstärkte Transparenz der Aktivitäten dieser Fonds zu gewährleisten.

Unser Sozialmodell: Chancengleichheit, Solidarität, Zukunftsinvestitionen

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat sich unsere Fraktion erfolgreich für eine Stärkung der Ziele der EU2020-Strategie eingesetzt. So war zum Beispiel die Definition einer quantifizierbaren Größe für die **Reduzierung von Armut** in Europa immer eine Bestrebung unserer Fraktion. Eines der fünf Leitziele, die die EU2020-Strategie untermauern, ist es, die Anzahl der Menschen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedroht sind, um mindestens 20 Millionen zu senken. Tatsächlich haben wir dieses Ziel bereits seit dem Jahr 2000 aktiv verfolgt. Der Konsens bezüglich dieses Zieles, der auf der Tagung des Europäischen Rates vom Juni 2010 erzielt werden konnte, bereitet den Weg für einen Wandel in der EU-Strategie hin zu einer sozialen Integration; unsere erste Priorität!

Wir arbeiten nun an der Ausgestaltung der Initiative '**Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung**' sowie an der Bereitstellung der Mittel, für diese Plattform

Das **Europäische Mikrofinanzierungsinstrument für Beschäftigung und soziale Eingliederung** ist unsere Initiative: es begann als ein kleines Pilotprojekt und wurde zu einem ausgereiften Finanzierungsinstrument, das darauf abzielt, arbeitslosen Menschen zu helfen ein Unternehmen zu gründen. Besonders schwache Menschen soll es ermöglicht werden, kleine Darlehen zu bekommen - Menschen, die unter normalen Umständen nicht so einfach einen Kredit erhalten. Diese Darlehen können dafür genutzt werden, ein Unternehmen aufzubauen oder für eine Berufsausbildung zu bezahlen.

Unter unserer Führung und gegen den Widerstand des größten Teils der EVP und der Europäischen Kommission, hat das Europäische Parlament einen Vorschlag, der die **selbständigen LKW Fahrer** von Beschränkungen der Arbeitszeit und obligatorischen Pausen ausnahm, zurückgewiesen. Wir waren für strikte Vorschriften für alle LKW-Fahrer in Europa - ohne Ausnahme. Selbständige Fahrer in die Arbeitszeitrichtlinie einzubeziehen ist für uns keine Frage von unternehmerischer Freiheit für kleine Unternehmen. Vielmehr geht es darum, Europas Strassen zu den sichersten der Welt zu machen.

Wir haben Kommissionspräsident Barroso dazu gebracht, einer **Charta für die Rechte der Frauen** zuzustimmen. Wir haben eine Resolution durchgesetzt, die eine **Richtlinie über Gewalt gegen Frauen** fordert. Dies hat zu der '**European Protection Order**' geführt. Der Bericht des EP zur **Geschlechterpolitik** thematisiert alle wichtigen Probleme, einschließlich der Gewalt gegen Frauen und Abtreibung. Themen bei denen wir gegen die EVP gekämpft haben. Wir waren die entscheidende Kraft in dem **Bericht über Elternzeit** und bei kontroversen Themen, wie z.B. die Länge des voll bezahlten Mutterschutzes. Weitere Erfolge

unserer Fraktion waren die Übereinkunft zum Menschenhandel, die nun auch eine Geschlechterperspektive beinhaltet sowie in diesem Zusammenhang die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung von Quoten anstatt freiwilliger Maßnahmen.

Im Kontext des **Europäischen Freiwilligenjahres** hat die S&D-Fraktion einen aktiven Beitrag zur Einführung des 'Freiwilligen-Passes' geleistet sowie zur Gewährleistung einer Garantie für spezielle Preisermäßigungen für freiwillige Helfer in kulturellen, öffentlichen und privaten Einrichtungen. Wir haben darauf bestanden, dass freiwillige Arbeiter bezahlte Arbeitskräfte nicht ersetzen dürfen. Zudem haben wir uns für eine angemessene finanzielle Ausstattung zur Ko-Finanzierung EU-weiter Freiwilligen-Initiativen stark gemacht und dafür, dass die Mitgliedstaaten in Betracht ziehen, freiwillig geleistete Dienste im Rentensystem zu berücksichtigen.

Die S&D Fraktion hat immer darauf bestanden, dass bildungsrelevanten Themen die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die sie verdienen. In einem Bericht über **frühkindliche Bildung** haben wir den langfristigen wirtschaftlichen Nutzen von Investitionen in **frühkindliche Ausbildung und Betreuung** in den Mittelpunkt gestellt. Wir fordern den Fokus auf diese Thematik zu legen und mehr zu investieren, damit wir langfristigen davon profitieren.

Im Rahmen des Entschließungsantrages zur **internationalen Adoption** haben wir bei der Gewährleistung des Rechts auf Familienleben für europäische und außereuropäische Weisen und Kinder, die ansonsten unter gefährlichen Bedingungen leben müssten, eine Schlüsselrolle gespielt.

Den Weg für nachhaltige Entwicklung in Europa bereiten

Forschung und Energiepolitik sind Schlüsselemente für eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Unsere Fraktion hat einen Bericht auf den Weg gebracht, der sich für eine **ambitionierte Industriepolitik** stark macht und der unterstreicht, dass die verarbeitende Industrie das Fundament für 'gute Arbeit' und eine stabile Wirtschaft in Europa ist. Der Bericht fordert eine integrierte Industriepolitik, thematisiert den Klimawandel, demographische Veränderungen und die Knappheit von Rohstoffen in Zeiten des globalen Wettbewerbs.

Im Bereich der **Energiepolitik** waren wir sehr aktiv und haben für das verbindliche Ziel von **20 Prozent erneuerbarer Energien bis 2020** gekämpft sowie für die Stärkung der **Energieeffizienz für bestehende und neue Gebäude im Rahmen der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden**. Zudem hat sich unsere Fraktion im Rahmen der **Richtlinie zum Verbrauch an Energie und anderen Ressourcen durch Haushaltsgeräte** für die best mögliche Bereitstellung von Informationen für Verbraucher eingesetzt. Wir haben sichergestellt, dass freie Finanzmittel aus dem **European Energy Programme for Recovery** lokalen Projekten zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien zur Verfügung gestellt wurden. Vor dem EU-Energiegipfel haben wir einen **alternativen Energiegipfel** organisiert und eine starke Botschaft für eine gemeinsame EU Energiepolitik ausgesendet und zudem größere Anstrengungen zur Verwirklichung der 20/20/20 Ziele gefordert.

In dem Bericht **Innovationsunion** hat die S&D-Fraktion ehrgeizige Ziele formuliert, um Innovation und Kreativität bei der Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsabläufen zu fördern.

Bei der Annahme des **Telekompakts** hat unsere Fraktion dafür Sorge getragen, dass es zu einem fairen Ausgleich zwischen den Rechten der Verbraucher und Bürger einerseits und dem Bedürfnissen der Telekommunikationsbranche nach klaren und verlässlichen Regeln andererseits kam.

Wir haben auch den Bericht zur Durchsetzung von **Rechten des geistigen Eigentums** mit unseren sozialdemokratischen Positionen geprägt, indem wir ein wirtschaftliches und wettbewerbsfähiges Europäisches Patent unterstützt haben.

Die Umweltpolitik ist eine weitere Dimension im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Unsere Fraktion hat immer dazu beigetragen eine ausgewogene Balance zwischen Umwelt, sozialen und industriellen Aspekten in der Gesetzgebung zu gewährleisten. Dies haben wir erneut bei der Regulierung zu **CO2-Emissionen von Transportern** unter Beweis gestellt. Innovative Umwelttechnologien werden dank unseres Einsatzes nun besonders gefördert und können so zu einem Wachstum an Arbeitsplätzen beitragen. Europäische Produzenten werden einen klaren Wettbewerbsvorteil gegenüber den billigeren, aber umweltbelastenderen Automobilen von Drittländern haben. Dank unserer Bemühungen wird der CO2-Ausstoß von Transportern um bis zu 30 Prozent bis zum Jahr 2020 sinken.

Unsere Fraktion war besonders aktiv bei der Annahme der **Richtlinie zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten**. Fortan soll so bei der Entsorgungspraxis Giftmüll vermieden werden. Die Prozeduren in diesem Zusammenhang werden gemäß den REACH-Bestimmungen erfolgen.

Die Regulierung zur **illegalen Abholzung** wird unsere sozialdemokratischen Schlüsselforderungen enthalten und illegal eingeschlagenes Holz vom europäischen Markt verbannen und Maßnahmen zur Rückverfolgbarkeit sowie Sanktionen bei Nichteinhaltung einführen. Der Kampf gegen illegale Abholzung ist entscheidend im Kampf gegen den Klimawandel. Entwaldung und der Verlust der biologischen Vielfalt müssen gestoppt werden.

Die Europäische Verkehrspolitik ist ein weiteres Instrument zur Schaffung eines globalen, nachhaltigen Entwicklungsmodells. Unsere Fraktion hatte einen entscheidenden Anteil bei der **Stärkung der Fahrgastrechte** - und zwar nicht nur bei Flug- oder bei Bahnreisen sondern auch bei allen anderen Transportmitteln. Dank unseres Einsatzes werden Passagiere, die per Boot reisen von 2012 an deutlich mehr Rechte haben. Das gleiche gilt für Passagiere die mit dem Bus bzw. Reisebus reisen.

Weitere Erfolge konnten im Verkehrssektor erzielt werden: Bei der Änderung der **Richtlinie zur Erhebung von Gebühren für schwere Nutzfahrzeuge für die Benutzung bestimmter Verkehrswege**, konnten wir zum Beispiel eine akzeptable Formulierung für die Kennzeichnung und Einführung des Verursacherprinzips („Verschmutzer zahlt“) insbesondere im Güterverkehr einfügen.

Ein weiterer bedeutender Fortschritt konnte durch die Richtlinie zur **grenzüberschreitenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften** erzielt werden. Die RL ermöglicht in Zukunft die Ahndung von Verkehrsverstößen, die in einem Mitgliedstaat mit einem Fahrzeug begangen werden, das in einem anderen Mitgliedsstaat zugelassen ist.

Ein Haushalt, der ehrgeizigen Europäischen Projekten entspricht

Unsere Fraktion hat eine Schlüsselrolle bei der Annahme der Entschließung **"Investition in die Zukunft: ein neuer mehrjähriger Finanzrahmen"** gespielt. Die Entschließung definiert die politischen Prioritäten des Parlaments für die Zeit über das Ende der aktuellen MFV bis 2013 hinaus -sowohl in legislativer als auch in haushaltspolitischer Hinsicht und legt eine Schätzung vor über die finanziellen Ressourcen, die die Union benötigt um ihre Ziele zu erreichen und ihre Politik zu implementieren. Während wir uns der aktuellen Wirtschaftskrise voll auf bewusst sind, wollen wir nicht, dass die gegenwärtige Situation die Debatte über die langfristige Investitionspolitik der EU vergiftet.

Das EP hat eine faire Balance zwischen Wachsamkeit bei Haushaltsfragen und den finanziellen Erfordernissen für die Zukunft vorgeschlagen. Aus diesem Grund hat es einen Zuwachs von mindestens 5% des EU-Haushalts ausgehend vom Niveau von 2013 vorgeschlagen. Eine zweite wichtige Angelegenheit ist, eine oder mehrere echte Eigenmittel einzuführen, um das gegenwärtige, auf dem BNE basierende System zu ersetzen und ein autonomes, faireres, transparenteres, einfacheres und gerechteres Finanzierungssystem zu erreichen, das auch den möglichen teilweisen Gebrauch der Finanztransaktionssteuer im zukünftigen Eigenmittelsystem in Erwägung zieht.

Die Einbeziehung des EPs in die Verhandlungen über die MFV ist eine Schlüsselfrage sowohl für das EP als auch für die Fraktion.

Ein faires und nachhaltiges Konzept für die Landwirtschaft und Fischereipolitik

Unsere Fraktion hat bereits eine Position zur **Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik**, die im Oktober von der Kommission vorgelegt wird, definiert. Im Rahmen eines Parlamentsberichts, der vor kurzem angenommen wurde, haben wir die Sicherung der Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 gefordert. Wir stehen für: Den Grundsatz, dass öffentliche Finanzmittel für den Agrarsektor im Austausch für die Bereitstellung von Waren, im Interesse der Allgemeinheit durch den Agrarsektor ausgegeben werden, Anreize für einen stärkeren Umweltschutz, eine gerechtere Verteilung direkter Zahlungen zwischen den Mitgliedstaaten und innerhalb des Agrarsektors, Hilfen für Großlandwirte, die Beschäftigungskriterien und Umweltschutzaspekte zugrunde liegen, eine einfache und spezifische Unterstützungsregelung für Kleinlandwirte sowie attraktive Anreize für Junglandwirte. Für die Milchproduzenten hat unsere Fraktion neue Maßnahmen vorgeschlagen, die darauf abzielen, diesen Sektor wieder zu festigen und die Position der Produzenten in der Versorgungskette zu stärken. Im Rahmen des „Qualitätspakets“ wollen wir die Qualität von landwirtschaftliche Erzeugnisse steigern.

Die S&D Fraktion hat eine entscheidende Rolle bei der Annahme des Berichts zur **Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik und der Aquakultur** gespielt und so zu einerehrgeizigen Reformen beigetragen, die den Sektor zukunftsfähig machen. In diesem Zusammenhang sollte auch unser Einfluss auf die Resolution zum **Partnerschaftsabkommen der EU mit Mauretanien** erwähnt werden, welche unsere Bedingungen für zukünftige vergleichbare Abkommen beinhaltet: verantwortliches und nachhaltiges Verhalten für beide Partner, verantwortlicher Umgang mit EU-Finanzmitteln, Einhaltung von Menschenrechten, etc.

Solidarität und Zusammenhalt in Europa

Wir stehen für eine einfachere, flexiblere und effizientere **EU-Kohäsionspolitik**, die die regionalen Besonderheiten und die spezifische wirtschaftliche Entwicklung der Regionen berücksichtigt. Die Kohäsionspolitik stellt einen Hauptbestandteil der Strategie EU 2020 dar. All diese Punkte finden sich nun in den zu letzt veröffentlichten Strategiepapieren zur zukünftigen EU-Kohäsionspolitik. Wir forderten einen verantwortungsbewussten Umgang mit den EU-Finanzmitteln, die die Zukunft dieses Sektors sichern - auch ein Instrument zur Bekämpfung der gegenwärtigen Krise auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene. Wir haben den Bericht über den **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds bezüglich der finanziellen Verwaltung** initiiert. Ein erster konkreter Schritt um den Willen des EP zur Vereinfachung der existierenden Gesetzgebung Ausdruck zu verleihen sowie der Forderung nach einer zeitnahen und effektiveren finanziellen Unterstützung.

Die S&D-Fraktion im Dienst der Bürger

Dank unserer Fraktion wird die **Richtlinie über die Verbraucherrechte** den europäischen Verbrauchern einen echten Mehrwert bringen. Die Gesetzgebung wird sowohl auf digitale Produkte, als auch z.T. auf Fahrgastrechte Anwendung finden. Sie beinhaltet einen breiten Katalog von Informationspflichten für den Händler gegenüber dem Verbraucher in der Vorvertragsphase. Die Frist vom Vertrag zurückzutreten wird verlängert. Ferner soll durch die Abschaffung der sogenannten "pre-ticked boxes", die insbesondere im Reisesektor Probleme bereitet haben, den versteckten Kosten der Riegel vorgeschoben werden.

Der Bericht '**Ein Binnenmarkt für die europäischen Bürger**' war ein Teil der Antwort auf die Kommunikation der Europäischen Kommission zur Binnenmarktakte. Unsere Fraktion hat sich erfolgreich für die Aufnahme der Forderung nach einer Sozialklausel eingesetzt, die auch in einem engen Zusammenhang mit dem heiklen Thema der Entsenderichtlinie steht. Wir fordern die Kommission auf, endlich die entscheidende Bedeutung der sozialen Rechte anzuerkennen und diese bei Gesetzgebungsprojekten im Binnenmarkt zu berücksichtigen. In

Bezug auf bürgerliche, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte muss dem Lissabon-Vertrag und der Charta der Grundrechte Rechnung getragen werden. Dies beinhaltet ausdrücklich auch das Recht Tarifverträge auszuhandeln, abzuschließen und durchzusetzen. Wir haben Druck auf die Kommission ausgeübt, sodass sich diese dazu bereit erklärt hat, dass Gesetzgebungsvorschläge einen Verweis auf die **Sozialpolitik und soziale Rechte** enthalten sollen und zwar überall dort wo es die soziale Folgenabschätzung für notwendig erachtet.

Darüber hinaus konnte ein Konsens gefunden werden, der sicherstellt, dass **Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**, einschließlich der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse, durch einen gesetzlichen Rahmen, der den allgemeinen Zugang, hohe Qualität, Bezahlbarkeit und eindeutige finanzielle Regeln, garantiert werden. Die Kommission wird aufgefordert, sektorspezifische Initiativen zu ergreifen.

Ein soziales Konzept für die öffentliche Gesundheit

Ein Kernelement der S&D Bestrebungen ist es, allen EU-Bürgern den Zugang zu einer sicheren und hochqualitativen Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Mit der Richtlinie zu den **Patientenrechten bei der Grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung** ist es der S&D-Fraktion gelungen, eine ausgewogene Balance zwischen dem Recht der Patienten, die bestmögliche Behandlung in der EU zu bekommen, und dem Schutz der nationalen Gesundheitssysteme zu finden. Der Bericht zur **Solidarität im Gesundheitswesen: Abbau der Ungleichheiten im Gesundheitsbereich in der EU** bot unserer Fraktion die Möglichkeit, erneut darauf hinzuweisen, dass Gesundheit und Lebenserwartung noch immer an die sozialen Umstände und Kinderarmut geknüpft sind. Die Mitgliedstaaten sollten die gegenwärtigen Einschnidungen bei den öffentlichen Ausgaben im Gesundheitswesen stoppen.

Die Sicherheit der Patienten hat oberste Priorität! Bei der Annahme der Richtlinie zur Bekämpfung von **Arzneimittelfälschungen** haben wir darauf bestanden, dass einheitliche Sicherheitsmerkmale für alle verschreibungspflichtigen Medikamente eingeführt werden, sodass gefälschte Arzneimittel nicht in die Hände von Patientinnen und Patienten in der EU gelangen. Parallel dazu werden Produzenten stärker kontrolliert und überprüft. Die S&D-Fraktion hat dafür gekämpft, den Internethandel mit Arzneimitteln sicherer zu machen. Bei der Richtlinie zur **Organspende und Transplantation** haben wir den höchst möglichen Sicherheitsstandard für lebende Spender durchgesetzt und Vorbeugungen getroffen, um den Organhandel zu verhindern.

Bei der Verordnung betreffend **die Information der Verbraucher über Lebensmittel** haben wir die Führung übernommen. Die Informationspflicht konnte durch eine Reihe von Maßnahmen grundlegend verbessert werden: Lebensmittelkennzeichnung, die verpflichtenden Herkunftsangabe für Fleisch, Kriterien für Kennzeichnungen und strikte Bestimmungen für eine faire Informationspraxis.

Ein effizienteres, demokratischeres und offeneres Europa bauen

Unsere Fraktion war besonders engagiert bei der Umsetzung verschiedener Aspekte des **Lissabon-Vertrages**. Die '**Europäische Bürgerinitiative**' sowie die neuen Kompetenzen bei der Gesetzgebung stärken die demokratische Legitimation in verschiedenen Aspekten: Personalvorschriften beim Europäischen Auswärtigen Dienst, delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte. Unsere Arbeit für den Beitritt der EU zur **Europäischen Menschenrechtskonvention** leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Schutzes der Bürgerrechte und sendet ein Signal, dass die EU Teil eines erweiterten Europa ist.

Wir haben wichtige Erfolge im Kampf gegen Diskriminierung, für Gleichheit, Datenschutz, Asyl, Freizügigkeit und Pressefreiheit. Wir haben mit einer deutlichen Mehrheit die

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Ausweisung der Roma aus Frankreich durchgesetzt. Wir haben ebenfalls einen großen Anteil an dem Bericht über die **Roma** gehabt. Ein weiterer Erfolg im Kampf gegen Diskriminierung war die Resolution gegen die Diskriminierung **sexueller Minderheiten in Litauen**, die dank unserer Fraktion vom EP angenommen wurde.

Wir haben die Prinzipien freier und unabhängiger Medien im **ungarischen Mediengesetz** geschützt. Darüber hinaus haben wir eine Mehrheit für eine **Resolution zur neuen ungarischen Verfassung** erzielt, in der begründete Bedenken bezüglich des Verfahrens und des Inhalts angesprochen wurden.

Eine Schlüsselrolle haben wir auch beim Schutz hoher Standards in der **Asylgesetzgebung** gespielt und zwar gegen den Widerstand des Rats. Wir haben Schengen und die darin enthaltene Freizügigkeit erfolgreich verteidigt. Darüber hinaus haben wir die Aufmerksamkeit auf die Situation der Asylsuchenden im Zuge des arabischen Frühlings gelenkt.

Wir haben das EP dazu gebracht, den ersten Entwurf des **SWIFT-Abkommens** zwischen der EU und den USA abzulehnen. Ein historischer Erfolg: Das erste Mal in der Geschichte, dass ein Parlament ein internationales Abkommen revidiert hat, dass von der US Administration unterstützt wurde. Wir haben die ersten 'post-Lissabon-Verhandlungen' mit dem Rat und den USA geprägt und dabei bedeutende Verbesserungen erzielt: eine direkte Überwachung der Extraktion und der Verarbeitung der Daten, das Recht für EU-Bürger über die Verwendung ihrer Daten informiert zu werden, das Recht auf Berichtigung und die Löschung der Daten durch nationale Datenschutzbehörden sowie die Verpflichtung der Kommission, einen Vorschlag zum Aufbau eines eigenen europäischen Systems zur Analyse der Bankdaten vorzulegen.

Wir haben die Verhandlungen zum **Menschenhandel** maßgeblich bestimmt, stärkere Bestrafungen durchgesetzt, strengere Verpflichtungen zum Schutz der Opfer eingeführt, die Vermeidung von Kriminalisierung thematisiert und den Zugang zu einer zeitlichen Aufenthaltsgenehmigung für Opfer ermöglicht. Zudem gibt es zukünftig besondere Schutzmassnahmen für Kinder, vermehrte Rechte für einen Rechtsbeistand, Unterstützung der NGOs, die Verpflichtung, Gewinne, die sich aus dem Menschenhandel herleiten, einzufrieren und zu konfiszieren.

Trotz des Widerstandes der EVP ist es uns gelungen, eine **begrenzte Visa-Befreiung für eine Reihe von westlichen Balkanstaaten** durchzusetzen. Dieses Ergebnis dient einer Heranführung an die EU und der Verbesserung der demokratischen und institutionellen Systeme in diesen Ländern.

Neben unseren vielen weiteren Erfolgsgeschichten im Bereich der Bürgerrechte und Freiheiten, sollten wir einige Erfolge besonders hervorheben: den Bericht über die **Abfallkrise in Neapel**, unseren erfolgreichen Kampf gegen die EVP-Manöver die **Petition über die Pressefreiheit** zu blockieren sowie unsere ausschlaggebende Unterstützung für den Versuch des **Ombudsmanns**, die EU bürgernäher zu gestalten.

Unsere Arbeitsgruppe zu 'Extremismus, Nationalismus, und Fremdenfeindlichkeit in Europa' war besonders aktiv. Sie hat die **'Budapest-Deklaration'** der Fraktion vorbereitet, in der wir den Extremismus verurteilen und in der sich die Fraktion für ein Europa der Freiheit, der Toleranz und der Gerechtigkeit einsetzt. Die Arbeitsgruppe hat 'fact-finding-missions', Konferenzen, ein 'Monitoring' der Presse vorgenommen und ein Netzwerk aus Experten und NGOs geknüpft, dass dazu beigetragen hat, das Bewusstsein für die Problematik zu stärken und Strategien zu entwickeln.

Für eine progressive europäische Präsenz auf der internationalen Bühne

Der Aufbau des **Europäischen Auswärtigen Dienstes** (EAD) war ein Kernelement im Bereich der Außenpolitik. Die S&D-Fraktion war während des Aufbaus des EAD, der die wichtigste Erneuerung durch den Lissabon-Vertrag im Bereich der Außenpolitik darstellt, bestens organisiert und koordiniert. Die bedeutendsten Erfolge der S&D-Fraktion waren die Sicherstellung der politischen Rechenschaftspflicht des Dienstes gegenüber dem Parlament durch die Stärkung der politischen und budgetären Kontrollrechte des EPs im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (einschließlich Missionen der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik). Die neuen Haushaltsrechte, die durch den Vertrag von Lissabon eingeführt wurden, finden auch beim Budget für die GASP volle Anwendung. So kann ein konsolidiertes Budget für alle außenpolitischen Ausgaben, eine stärkere budgetäre Kontrolle und mehr Transparenz gewährleistet werden. Die Loyalität des Dienstes gegenüber den Eu-Institutionen wird dadurch sichergestellt, dass mindestens 60 Prozent des EAD-Personals EU-Funktionäre sein werden. Ein weiterer fundamentaler Erfolg ist die Tatsache, dass die Entwicklungspolitik eine vergemeinschaftete Politik bleibt.

Die Fraktion streckt den progressiven Kräften in **Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten** die Hand weiterhin aus und übernimmt eine Führungsrolle im Bereich des Mittelmeers sowie des Nahen und Mittleren Ostens. Der Fraktionsvorsitzende Martin Schulz hat eine Reihe von Schlüsselstaaten in der Region besucht; einschließlich Ägypten, Israel, Marokko und der besetzten palästinensischen Gebiete. Die Fraktion hat eine 'S&D-task-force' 'Südlicher Mittelmeerraum und Naher und Mittlerer Osten' eingerichtet, um die weiteren Entwicklungen zu beobachten und die S&D-Maßnahmen bezüglich des **Arabischen Frühlings** besser zu koordinieren. S&D Fraktionsmitglieder haben den Ko-Vorsitz bei zentralen 'EP-ad-hoc-Delegationen' übernommen, die in die südlichen Nachbarstaaten während des Arabischen Frühlings reisten. Die S&D-Fraktion war eine der führenden Kräfte im EP als es darum ging, die progressiven pro-demokratischen Kräfte in Libyen zu unterstützen. Das 'follow-up' des erfolgreichen 'workshops' an dem Vertreter der nationalen Übergangsregierung sowie Vertreter der libyschen Zivilgesellschaft teilnahmen bereitet den Weg für einen kontinuierlichen Beitrag der S&D-Fraktion zur Freiheits- und Demokratisierungsbewegung in Libyen.

Wir haben die Einführung neuer Konzepte im Bereich der **Sicherheit und Verteidigung**, die sich aus dem Lissabon-Vertrag ergeben, unterstützt. Ganz konkret haben wir eine aktive Rolle bei der Entwicklung einer neuen **Afghanistan-Strategie** gespielt. Unterstrichen haben wir unser Engagement mit einer 'high-level-Konferenz' an der Vertreter der afghanischen Regierung, Vertreter der EU sowie internationalen Schlüsselakteuren teilnahmen. Die Konferenz hat dazu beigetragen, neue Initiativen zur Stärkung der EU-Russland Kooperation anzuregen, um die Opium-Produktion in Afghanistan zu bekämpfen.

Die S&D Fraktion hat eine Führungsrolle im Bericht über den **Iran** angenommen und damit sichergestellt, dass dieser über die Atomfrage hinaus geht und auch regionale Sicherheitsaspekte, den Kampf gegen den Drogenhandel und spezifische Menschenrechtsanliegen anspricht. Wir haben uns zudem für eine benötigte EU-Strategie für den **Südlichen Kaukasus**, die sich auf Energiefragen, Demokratisierung und Konfliktbewältigung konzentriert, eingesetzt.

Im Bereich der **Entwicklungspolitik** übt die S&D-Fraktion kontinuierlich Druck aus, um die Zusagen der EU zur Erfüllung der Millenniumentwicklungsziele mit den notwendigen finanziellen Mitteln zu unterfüttern und so die extreme Armut bis 2015 zu halbieren.

Durch den unermüdlichen Einsatz unserer Fraktion wurden die Forderung nach der verbindlichen Aufnahme von Umwelt- und Sozialstandards sowie die Klausel zur sozialen Verantwortung von Unternehmen in die verschiedenen Berichte und Resolutionen zu den diversen **Handelsabkommen** aufgenommen. Unter unserer Führung gelang es für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Investitionspolitik, eine neue Gemeinschaftskompetenz der EU, eine Reihe von progressiven Leitlinien zu definieren.

Unsere Fraktion hat den **parlamentarischen Versammlungen**, wie z.B. EUROLAT oder ACP/EU einige nachhaltige Impulse gegeben. So werden fortan Treffen der politischen

Familien vor jeder Plenarsitzung stattfinden was dazu führt, dass unser S&D-Fraktionsnetzwerk mit den progressiven Kräften der Regionen gestärkt wird. Die Beharrlichkeit unserer Fraktion hat dazu geführt, dass, trotz der Meinungsverschiedenheiten der politischen Fraktionen sowie zwischen den östlichen Partnern aufgrund, insbesondere wegen der Beteiligung Weißrusslands, EURONEST letztendlich doch realisiert werden konnte. Trotz der Verzögerungstaktik der EVP ist es uns gelungen, einen Kompromiss zu erzielen, so dass schließlich alle östlichen Partner diesem Kompromiss zustimmten und an der neuen Versammlung teilnehmen.

Das Sekretariat